

## **Beschluss des Landrats vom 14.11.2024**

Nr. 830

### **23. Nutzenbasierte Finanzierung der Universität Basel** 2024/360; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

**Roman Brunner** (SP) hat aufgehört, die Abwehr gegen Angriffe der SVP auf die Universität Basel zu zählen. In diesem Jahr wurde im Mai die gemeinsame Trägerschaft zur Diskussion gestellt, einen Monat später wurde die Volluniversität in Frage gestellt und nun wird eine Ökonomisierung der Bildung verlangt. Das überrascht überhaupt nicht. Im Rahmen der Neuverhandlungen des Universitätsvertrags hat Regierungsrätin Monica Gschwind bereits mehrfach ausgeführt, dass es sich bei den 10 %, die Basel-Stadt mehr bezahlt, neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit um eine politische Grösse handelt. Weiter hat sie ausgeführt, dass es sich um eine politische Grösse handle, weil sich die nutzenbasierte Finanzierung nicht auf den Franken genau, geschweige denn auf den Kanton genau berechnen lasse. Sogar der Postulant gesteht ein, dass es nicht möglich ist, genaue Zahlen zu erhalten.

Vielmehr hat auch dieser Vorstoss die Ökonomisierung der Bildung zum Ziel, insbesondere der universitären Bildung, was für die SP-Fraktion mit einem Bekenntnis zu einer Volluniversität, wie sie in diesem Saal im Mai noch vorhanden war, nicht vereinbar ist.

Aktuell laufen Verhandlungen. Sollte der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zum Schluss kommen, dass die Finanzierung nicht gerecht verteilt ist, dass Basel-Stadt wirtschaftlich viel leistungsfähiger ist und entsprechend einen grösseren Anteil übernehmen soll, dann wird dies Regierungsrätin Monica Gschwind sicherlich in die Verhandlungen einfliessen lassen. Hierfür braucht es dieses Postulat aber nicht. Dessen Botschaft lautet: Bildung lohnt sich nur dann, wenn die Absolventinnen und Absolventen zur Erhöhung des Steuersubstrats beitragen, wenn die Absolventinnen und Absolventen im Kanton Basel-Landschaft leben und arbeiten und wenn Start-ups gegründet werden, die für viel Geld verkauft werden können. Das ist nicht das Verständnis der SP-Fraktion von der Universität, von der Bildung und von der universitären Forschung. Deshalb lehnt sie dieses Postulat ab.

**Stefan Meyer** (SVP) ist erstaunt, dass man sich wiederum der Diskussion verwehrt. Die Diskussionsverweigerung auf linker Seite wurde gerade vorher auch bei der Handänderungssteuer und bei den Kinderabzügen für selbst betreuende Familien erlebt. Eines vorweg: Der Postulant ist selbst an der Universität Basel angestellt und dadurch direkt betroffen. Roman Brunner meint, es handle sich um einen Angriff auf die gemeinsame Trägerschaft der Universität beider Basel, dabei handelt es sich um das Gegenteil.

Stefan Meyer ist wichtig, dass die Finanzierung dieser gemeinsamen Trägerschaft langfristig sichergestellt ist, und das bedingt eben auch eine finanzielle Tragbarkeit dieses gemeinsamen Projekts, vor allem auch für den Kanton Basel-Landschaft, die aktuell durch finanziell schwierige Zeiten geht.

Es geht überhaupt nicht darum, die Grösse des Kuchens in Frage zu stellen. Es geht rein um die Frage, wer diesen Kuchen zu welchen Anteilen mitfinanzieren soll. Es ist richtig, dass bereits heute verschiedene Prinzipien im Universitätsvertrag zur Anwendung gelangen. Das System ist paritätisch aufgebaut. Zwischenzeitlich wurde aber der Aspekt der Leistungsfähigkeit eingebaut. Der Kanton, der finanziell besser dasteht, muss ein wenig mehr bezahlen. Schliesslich ist auch das sogenannte Äquivalenzprinzip abgebildet. Dieses besagt, dass der Kanton, der mehr Studierende

an die Universität schickt, auch mehr zur Finanzierung beiträgt und somit die Vollkosten der Studierenden übernimmt.

Nochmals: Es geht um die langfristige Finanzierung. Ausbildung ist – wie Roman Brunner richtig gesagt hat – sehr wichtig, aber es geht nicht nur darum, dies irgendwie in volkswirtschaftlichem Nutzen auszudrücken. Wendet man das Äquivalenzprinzip aber richtig an, muss man schon berücksichtigen, dass ein Grossteil der Ausbildungskosten von den beiden Trägerkantonen und den anderen Kantonen bezahlt werden. Dann ist die Frage, wo genau der Nutzen aus der Ausbildung anfällt, eben doch legitim. Der Nutzen fällt dort an, wo sich die Studierenden niederlassen und wo sie arbeiten und wo sie Firmen gründen. Stefan Meyer geht es einzig darum, zu prüfen und zu berichten, ob es eine Datengrundlage gibt oder ob eine erarbeitet werden kann, um genauer evaluieren zu können, wie es um den Nutzen der Universität steht. Wer hinter der gemeinsamen Trägerschaft steht und findet, dass es auch wichtig ist, dass diese nachhaltig finanziert wird, wird gebeten, die Überweisung des Postulats zu unterstützen.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) hält es für nachvollziehbar, dass ein Kanton mit klammen Finanzen nach Sparpotential suche. Die Uni Basel ist sicherlich ein grosser Ausgabenposten, aber als Institution ein wichtiger Leuchtturm für unseren Kanton und Wirtschafts- und Forschungsmagnet. Im Univertrag ist bereits die Aufteilung des Restdefizits für die beiden Kantone festgelegt. Deshalb hat die Mitte aufgrund der Finanzsituation Verständnis, den Return on Investment zu eruieren zu lassen. Was gewinnt unser Kanton tatsächlich finanziell und wirtschaftlich in seiner Eigenschaft als Trägerkanton?

Die Mitte möchte gerne wissen, wie die Wertschöpfung für den Kanton aussieht, indem zum Beispiel die Wertschöpfung nach Arbeits- und Wohnort ausgewiesen wird. Béatrix von Sury stellt aber in Frage, dass sich der Landrat der Signalwirkung dieses Postulats bewusst ist. Dieses wird bei der Universität vermutlich nicht positiv ankommen, sondern eher Verunsicherungen verursachen. Ausserdem sei nochmals an den neuen Univertrag erinnert, mit dem ein Gefäss für Verhandlungsmöglichkeiten geschaffen wurde. Nichtsdestotrotz wird die Mitte-Fraktion das Postulat grossmehrheitlich überweisen.

**Fredy Dinkel** (Grüne) hat sowohl von Roman Brunner wie auch von Stefan Meyer gute Argumente gehört. Was aber schliesst man daraus? Wenn es um die Verteilung der Kosten geht, ist eine solche Analyse absolut sinnvoll. Ist aber das Ziel, nur noch das zu lehren, woraus ein direkter wirtschaftlicher Nutzen gezogen werden kann, ist dies nicht im Sinne von Fredy Dinkel. Es ist ganz wichtig, dass es Fakultäten gibt, die nicht direkt für wirtschaftlichen Ertrag sorgen. Das können Phil-I-Studiengänge sein oder Grundlagenforschung, die erst in zehn Jahren zu etwas führt. Hier zu kürzen, geht nicht, da hat Roman Brunner recht. Auf der anderen Seite soll eine Prüfung gemäss Stefan Meyers Ausführungen möglich sein.

Die Fraktion Grüne/EVP unterstützt die Überweisung, möchte damit aber nicht eine Reduktion der Leistungen der Uni anstossen, sondern die Aufteilung der Kosten überprüft haben. Fredy Dinkel geht davon aus, dass diese Überprüfung der Grund dafür ist, dass der Regierungsrat dazu bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

**Ursula Wyss** (SP) fragt, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen der Kanton Basel-Landschaft aus Kooperationen mit anderen Kantonen zieht und wie der ermittelte Nutzen auf die Höhe der finanziellen Beteiligung umgerechnet werden könne. Würde man das mit einem Vorstoss abklären, dann könnte sie sich eine Unterstützung gut vorstellen. Aber im Bereich Bildung ist Basel-Landschaft nicht nur an der gemeinsamen Uniträgerschaft finanziell beteiligt. Er beteiligt sich mit drei weiteren Kantonen an der FHNW, und unter anderem auch im Bereich Berufsbildung wird mit dem mit dem Kanton Basel-Stadt zusammengearbeitet. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, warum nur über die Uni und deren finanziellen Nutzen gesprochen wird. Darum riecht es eben trotzdem ein wenig

nach den beiden Vorgängervorstössen aus derselben Partei.

Das Bildungssystem ist teuer. Das ist es aber anscheinend wert und die Universität gehört dazu. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Schweizer Hochschulen weltweit zu den besten 200 und je nach Ranking-Methode sogar zu den besten 100 gehören. Möchte man dies beibehalten, braucht es gute Studierende, exzellente Forschende, eine weitsichtige Unileitung und nachhaltige Grundfinanzierung. Nur diese kann die attraktiven Rahmenbedingungen bieten, um dann wieder sehr gute Forschende anzuwerben, die wieder die Reputation der Uni stärken und damit auch die Drittmittelquote erhöhen.

Der Kanton Basel-Landschaft ist in einer finanziell misslichen Lage. Sehr störend war, dass im September von vielen Seiten gesagt wurde, man könne sich die Uni nicht leisten. Das sieht Ursula Wyss ganz anders: Man kann es sich nicht leisten, die Uni zu schwächen. Der Kanton Basel-Landschaft muss sich die Uni leisten, denn diese hat nämlich – und in diesem Punkt ist Stefan Meyer recht zu geben – einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen. Dieser Nutzen entsteht nicht nur für Basel-Stadt und Basel-Landschaft, sondern für die ganze Region und andere Kantone. Gerade heute hat das Amt für Daten und Statistik publiziert, dass Basel-Landschaft den höchsten Studierendenanteil an der Uni ausmache. Noch ein Beispiel zum Nutzen: Seit 2018 gibt es das Innovation Office. Dieses finanziert sich komplett über Drittmittel und dient dazu, den Uniangehörigen unternehmerisches Wissen und Denken näherzubringen. Seither gibt es eine Statistik, die besagt, dass 56 Firmen gegründet wurden, wovon 52 noch aktiv sind. Die meisten haben sich in der Region niedergelassen, haben 1'400 hochwertige Stellen geschaffen und anderthalb Milliarden Investitionen ausgelöst.

Noch eine Randbemerkung zu Stefan Meyers Vorschlägen, wie sich der Nutzen quantifizieren lasse. Es stellt sich die Frage nach der Umsetzung. Muss vor jeder Leistungsauftragsperiode geprüft werden, welche Person mit einem Abschluss der Uni Basel in welcher Gemeinde lebt? Wie kann man feststellen, welchen Mehrwert Angestellte mit einem Abschluss der Uni Basel für eine Firma darstellen? Für Ursula Wyss riecht dies sehr nach Bürokratie, welche die netten Damen und Herren auf der gegenüberliegenden Seite des Landratsaals eigentlich nicht mögen. Die pragmatische Stellungnahme der Handelskammer ist hervorzuheben. Die Anwesenden werden gebeten, die Büchse der Pandora nicht zu öffnen.

**Roman Brunner** (SP) betont, dass sich die SP-Fraktion selbstverständlich nicht der Diskussion verweigere, andernfalls würde er nun ja nicht sprechen. Die Frage nach dem Nutzen der Universität darf man natürlich immer wieder stellen. Das Problem mit diesem Vorstoss ist die sehr eindimensionale Richtung. Es geht nur um den finanziellen, volkswirtschaftlichen, monetären Nutzen der Universität. Wenn der Nutzen der Universität angeschaut werden soll, muss dies gesamtheitlich erfolgen. Es gibt einen gesellschaftlichen Nutzen, es wird ein gesellschaftlicher Diskurs ausgelöst. Es gibt einen wissenschaftlichen Nutzen – Fredy Dinkel hat die Grundlagenforschung angesprochen. Es gibt also ganz viele andere Bereiche, woraus ebenfalls ein Nutzen gezogen werden kann, nicht nur mit einer finanziellen und einer volkswirtschaftlichen Dimension. Wenn man den Nutzen der Universität messen und in die Finanzierung der Universität einbeziehen will, dann muss es eine gesamtheitliche Betrachtung sein. Das ist der Grund, weshalb die SP-Fraktion der Vorstoss ablehnt.

**Andreas Dürr** (FDP) gibt Roman Brunner grundsätzlich recht. Die FDP-Fraktion steht geschlossen hinter der Universität. Es stellt sich die Frage, wie dieser Universität am besten geholfen werden kann. Roman Brunner sieht sofort den gefährlichen Teil, dass Bildung zu reiner Wirtschaft verkommt und der gesellschaftlich-kulturelle Hintergrund verloren geht. Nun liegt der Vorstoss der SVP vor, die bereits zwei oder drei Vorstösse lanciert hat, die auch die FDP abgelehnt hatte, weil sie nicht für zielführend befunden wurden. Diesen Vorstoss kann man insofern befürworten, weil er letztlich den Regierungsrat bei den Verhandlungen über die Finanzierung der Universität unter-

stützen soll. Die Uni muss irgendwie finanziert und eine Lösung mit Basel-Stadt gefunden werden. Wenn auf dieser Basis dem Regierungsrat ein weiteres Argument mitgegeben werden kann, ist dies per se auch aus der Perspektive der Unibefürworter eine gute Idee.

Das Postulat von Stefan Meyer erachtet Andreas Dürr nicht als Fundamentalangriff auf die Uni. Letztlich ist es ein Beitrag zur Verhandlung. Man kann natürlich auch sagen, dass dem Regierungsrat dies bewusst ist und er ohne diese Analyse verhandeln soll. Die FDP-Fraktion ist sich nicht ganz einig, da es eben unterschiedliche Sichtweisen auf diesen Vorstoss gibt. Es handelt sich klar nicht um einen Beitrag zur Demontage der Uni. Die grosse Mehrheit der Fraktion sieht diesen Vorstoss als mögliches Argumentarium für den Regierungsrat und wird deshalb die Überweisung unterstützen.

**Martin Dätwyler** (FDP) gibt Stefan Meyer recht: Der Verteilschlüssel muss ganz genau angeschaut werden. Die Asymmetrie zwischen Stadt und Land muss auch bei der Universität berücksichtigt werden. Der Regierungsrat befindet sich in intensiven Verhandlungen. Der Landrat wird Gelegenheit erhalten, intensiv über das Ergebnis diskutieren zu können. Vor 14 Tagen wurde ein Vorstoss zu einem Staatsbeitrags-Reporting grossmehrheitlich abgelehnt. Der Regierungsrat hat betont, dass das Controlling der Staatsbeiträge ausreicht und genügend Kriterien vorhanden seien und sowieso alles wunderbar sei, man genügend Informationen habe und es kein zusätzliches Reporting brauche. In der Konsequenz braucht es das einzig bei der Uni aber ebenfalls nicht. Es gibt ja bereits ein starkes Controlling der Staatsbeiträge.

**Simon Oberbeck** (Die Mitte) knüpft an das Votum von Andreas Dürr an und verleiht seinem Glauben Ausdruck, dass selbst die SVP die Uni nicht zugrunde richten möchte und eigentlich der Meinung sei, dass man eine gute Uni brauche. Es geht nicht darum, die Uni zu schwächen, sondern sie zu stärken. Basel-Landschaft kann aber einfach nicht mehr so viel bezahlen wie bis anhin. Es liegt ein Postulat vor, «Prüfen und Berichten» also. Vielleicht auch eine Art Ideenwettbewerb, mit dem man dem Regierungsrat Instrumente zur Verfügung stellen möchte, um gute und konstruktive Verhandlungen führen zu können. Simon Oberbeck ist davon überzeugt, dass die Regierungsräte der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt Lösungen finden werden, wie die Uni finanziert werden kann. Basel-Landschaft muss jetzt halt einfach den Gürtel enger schnallen und diese Botschaft ist sowohl bei der Uni wie auch beim Kanton Basel-Stadt angekommen. Die Lösung wird mit Spannung erwartet.

://: Mit 49:23 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

---